

Die Anschläge von Paris werden auf einen Angriff gegen die Redefreiheit reduziert

Die Heuchelei der Medien

Von Giuseppe Gracia

Nach den Bluttaten von Paris darf man auch einen kritischen Blick auf den medialen Umgang mit den Ereignissen werfen. Es fällt auf, dass diese in fast allen Medien als «Terrorismus» und «Extremismus» reduziert werden, auf einen Angriff gegen die Redefreiheit. Ob Zeitung, Fernsehen oder Internet: Man thematisiert Redefreiheit und Terrorismus-Prävention, während der religiös-weltanschauliche Hintergrund der Bluttaten ein Tabu bleibt.

Zum Schutz der friedlichen Muslime in Europa führt man keine Debatte über das grundsätzliche Verhältnis Mohammeds oder des Korans zur Gewalt. Man fragt nicht nach der Wirkungsgeschichte dieser Texte, um daraus Rückschlüsse zu ziehen. Obwohl sich in einer offenen Gesellschaft jede Religion die Gewaltfrage immer wieder stellen (lassen) muss.

Leitmedien greifen meist zur Islamophobie- und Rassismuskeule. Ende der Debatte.

Wohlgemerkt: Ich meine nicht das Verhältnis einzelner Gläubiger zur Gewalt. In westlichen Nationen lehnen die meisten Menschen Gewalt ab, ob religiös oder nicht. Das beantwortet aber nicht die Gewaltfrage in Bezug auf die Grundlagen einer Religion.

In diesem Fall werden öffentliche Fragen wie diese verhindert: Wird Gewalt von Mohammed und dem Koran abgelehnt? Gilt für Mohammed, genau wie für Jesus, die Liebe, ja die Feindesliebe? Wenn nicht: Was heisst das für uns, für die Politik? Was heisst es für die Muslime?

Dazu gibt es keine breite Debatte. Eine solche hatte zum Beispiel 2006 Papst Benedikt XVI. in Regensburg gesucht. Später tat es Thilo Sarrazin

und bei uns in der Schweiz kürzlich die Weltwoche. Aber wer immer es versucht, wie klug oder dumm auch immer: Leitmedien greifen dann meist einfach zur Islamophobie- und Rassismuskeule. Ende der Debatte.

Ablenkungsmanöver fahren

Ablenkungsmanöver fahren Leute, dass die übliche Beschwichtigungsrhetorik («hat nichts mit dem Islam zu tun») zu kurz greift. Dass führende Journalisten oder Politiker Ablenkungsmanöver fahren, statt unbequeme Debatten zuzulassen und den Menschen, die sich ihre eigene Meinung bilden wollen, zu vertrauen. Man will das Volk um jeden Preis davon überzeugen, dass alles gut wird, wenn die Integration nach westlicher Manier flächendeckend ist. Wenn alle einen Job haben, wenn sie gute Konsumenten sind und nach einer guten, staats-tragenden Selbstoptimierung streben.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich sage nicht, man müsse jetzt den Westen schlechtmachen oder dem Islam ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt attestieren. Ich sage nur, dass tonangebende Medienhäuser und Politiker keine breite Debatte dazu wünschen.

Überraschend oft feige

Stattdessen bieten uns die Medien eine Menge Heuchelei. Mit dem Pathos verdienter Widerstandskämpfer wird die Meinungsfreiheit als Grundwert beschworen. Als würde diese Freiheit in den Redaktionsstuben tatsächlich gelebt. Als wäre man im Alltagsgeschäft nicht überraschend oft feige, oberflächlich und korruptiert vom schnellen Applaus. Als sähe eine Redaktion in der Pressefreiheit normalerweise mehr als nur das Recht, die eigene Ansicht zu veröffentlichen – und möglichst nichts, was davon abweicht.

Beispiele? Was wären (abgesehen vom Islam) typische Themen, die unsere Leitmedien seit Jahren sehr ein-



Langjährige Freunde. Der Basler Kunstmaler und Grafiker Hanspeter Bayer kannte die Zeichner von *Charlie Hebdo*. Vor allem mit Georges Wolinski verbindet ihn eine lange Freundschaft. Karikatur Hanspeter Bayer

seitig und weltanschaulich festgefahren abhandelt?

Zum Beispiel die Abtreibung, genauer: die katholische, jüdische und muslimische Überzeugung, dass Abtrei-

bung kein Frauenrecht ist, sondern dass es sich um die Tötung von Kindern handelt, und dass niemand, auch keine Frau in Not, über Leben und Tod entscheiden dürfen sollte. Wer bei der NZZ, beim

Zürcher *Tages-Anzeiger* oder beim *Schweizer Fernsehen* würde es wagen, dieser Auffassung Raum zu geben, im Rahmen einer sachlichen Debatte? Wenn Abtreibungsgegner überhaupt zu Wort kommen, lässt man sie aussehen wie hinterwäldlerische Eiferer und Frauenunterdrücker. Oder wie wäre es mit

Es gibt unliebsame Ansichten, die trotz angeblicher Redefreiheit unterdrückt werden.

dieser Meinung: Ein Mensch ist nicht homophob oder diskriminierend, nur weil er mit den Forderungen der Gay-Lobby nicht einverstanden ist, etwa bei der Frage der Kinderadoption.

Nicht mutig

Ja, es gibt unliebsame Ansichten, die trotz angeblicher Redefreiheit wenn möglich unterdrückt werden. Auch unsere Satiriker sind da nicht viel mutiger. Sie machen gern Witze über die verklemmte katholische Kirche, über verklemmte konservative Politiker und andere ungefährliche Klischees. Aber selbst islamkritische Comedians würden es nie wagen, Witze zu reissen über kinderfeindliche Krippenplatz-Feministinnen oder geschäftstüchtige Exit-Giftmischer. Oder Witze über Post-Abortion-geschädigte Abtreibungsbefürworter und pädophilfreundliche Linksgrüne. Und schon gar keine Witze über intolerante Homo-Aktivistinnen, die im Namen der Toleranz alles öffentlich dämonisieren, was von ihrer Doktrin abweicht.

So lange Medienkonzerne und politische Leitthemen solche Tabus hüten, sind sie nicht Charlie. Sie sind keine Hüter der Meinungsfreiheit in einer offenen Gesellschaft, sondern nur Zeitgeist-Surfer in eigener Sache. Giuseppe Gracia ist Sprecher des Bistums Chur.

Gegner der CVP-Initiative

Bund und Kantone befürchten hohe Steuerausfälle

Bern. Bund und Kantone sind gegen die CVP-Initiative für steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen, die am 8. März zur Abstimmung kommt. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und Regierungsrat Peter Hegglin, der Präsident der Finanzdirektorenkonferenz der Kantone, haben gestern in Bern die Gründe dafür dargelegt.

Im Vordergrund stehen die hohen Steuerausfälle. Bund, Kantone und Gemeinden entgingen pro Jahr rund eine Milliarde Franken, wenn Kinder- und Ausbildungszulagen nicht mehr zum steuerbaren Einkommen gerechnet würden, warnen die beiden Politiker.

Familien mit Kindern würden heute bereits steuerlich begünstigt. Ausserdem würden sie mit anderen Massnahmen unterstützt, etwa mit verbilligten Krankenkassenprämien für Kinder oder Sozialtarifen in der familienergänzenden Kinderbetreuung. Angesichts dieser Entlastungen drängen sich weitere steuerliche Begünstigungen nicht auf.

Zwei hängige CVP-Initiativen

Widmer-Schlumpf und Hegglin sind auch der Ansicht, dass die falschen Familien von der Steuerbefreiung profitieren würden. Diese kämen vor allem einkommensstarken Haushalten zugute. Haushalte mit tiefem Einkommen, die ohnehin wenig oder keine Einkommenssteuern zahlen, gingen hingegen leer aus.

Die Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» ist eine von zwei hängigen Familien-Initiativen der CVP. Das Volksbegehren verlangt, dass auf Kinder- und Ausbildungszulagen keine Steuern erhoben werden. Dadurch soll die Kaufkraft der Familien gestärkt werden. Heute werden die Zulagen als Einkommen besteuert. Die eidgenössischen Räte empfehlen die Familieninitiative zur Ablehnung. SDA

Sexualkunde soll weiter Sache der Kantone bleiben

Initiative für strengere Regelung findet in Nationalratskommission keine Gnade

Von Daniel Ballmer, Bern

Es war der Basler «Sexkoffer», der den Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner und sein Komitee dazu brachte, eine nationale Initiative zum «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule» zu lancieren. Der Kanton Basel-Stadt hatte vor rund drei Jahren einen Koffer mit Aufklärungsmaterial für Schulen vorgestellt. Inhalt: ein Holzpenis, eine Plüschvagina sowie ein Buch mit Abbildungen von Geschlechtsorganen.

Der Koffer sorgte für rote Köpfe. Von unnötiger Sexualisierung der Kinder war die Rede, von pornografischem Material. Die Ende 2013 eingereichte Initiative fordert, dass es Sexualkunde nur für Schüler ab neun Jahren gibt. Zwischen dem neunten und zwölften Lebensjahr soll dieser Unterricht freiwillig sein. Danach wären obligatorische Lektionen zu Fortpflanzung und Entwicklung möglich. Diese Regeln sollen in der Bundesverfassung verankert werden.

Den Koffer gibt es in seiner ursprünglichen Form zwar nicht mehr, dennoch erkennen die Initianten weiter Handlungsbedarf. So gebe es schweizweit Bestrebungen, schon im Kindergarten einen Sexualkundeunterricht einzuführen. Kinder ab vier Jahren müssten etwa das Erstarren der Geschlechtsorgane erproben. Das sei viel zu früh, reklamieren die Initianten. Weiter werfen sie dem Bundesrat für Gesundheit (BAG) vor, unter dem Vorwand der Aids-Prävention Sexualkundeunterricht für kleine Kinder forcieren zu wollen.

Allen geht es um das Kindeswohl

Davon will die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) nichts wissen. Nach stundenlangem Diskurs und der Anhörung diverser Experten hat sie sich ges-

tern deutlich gegen die Initiative ausgesprochen – einzig Frehners Parteikollegen von der SVP votierten dafür.

Die Kommissionsmehrheit folgt damit der Empfehlung des Bundesrats. Dieser hatte sich bereits Ende November klar gegen die Initiative geäußert. «Aus übergeordnetem Interesse am Kindeswohl» empfiehlt er, das Volksbegehren abzulehnen. Auf einen Gegenvorschlag verzichtet er, sieht er doch keinen Anlass für einen Eingriff in die kantonale Schulhoheit. So würde die Annahme der Initiative die Prävention behindern und die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler vermindern, begründet der Bundesrat. Ein Verbot eines obligatorischen Sexualkundeunterrichts wäre nicht vereinbar mit dem Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit.

In der vorbereiteten Nationalratskommission wurde darauf hingewiesen, dass sich die Initiative zwar nicht gegen den Kinderschutz ausspreche und sogar explizit erwähne, dass «Unterricht zur Prävention von Kindesmissbrauch ab dem Kindergarten erteilt werden kann». Es folge aber die Aussage, dass «dieser Unterricht keine Sexualkunde beinhaltet». Für die Mehrheit der WBK ist das ein klarer Widerspruch. Denn das bedeute in etwa: «Ich will dich vor sexuellem Missbrauch warnen, aber ich sage dir nicht, was das ist.» Damit habe die Initiative keinen Schutz zur Folge, sondern verhindere sinnvolle Prävention und schade dem Kindeswohl.

Schon heute finde im Kindergarten und bis gegen Ende der Primarschule weder ein obligatorischer Sexualkundeunterricht noch Aufklärung im eigentlichen Sinn statt. Für den Bundesrat liegt «die Sexualerziehung der Kinder und Jugendlichen in der primären Verantwortung der Eltern». Daran solle sich auch nichts ändern. Gegen Ende der Pri-

marschule allerdings sind schulische Präventionsmassnahmen und ein Sexualkundeunterricht aus Sicht des Bundesrats unverzichtbar. «Sie schützen Kinder und Jugendliche vor sexueller Gewalt, vor sexuell übertragbaren Krankheiten und unerwünschten Schwangerschaften.» Zudem profitierten vom Unterricht alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Situation im Elternhaus.

«Initiative hat bereits genutzt»

Kommt hinzu: Die Volksworte sei ohnehin in der Kompetenz der Kantone und Gemeinden. Der Bundesrat zeigt sich überzeugt, dass sie ihre Aufgaben verantwortungsbewusst wahrnimmt und bei sensiblen Themen wie der Sexualität eng mit den Eltern zusammenarbeitet. Kommentar aus der WBK: Gerade die Initianten seien «doch sonst Hüter des Föderalismus». Auch nehme die Volksworte die Bedenken gegen einen nicht altersgerechten Sexualkundeunterricht ernst. Die Befürchtungen der Initianten, es würde obligatorischer Sexualkundeunterricht bereits im Kindergarten eingeführt, seien völlig unbegründet.

Nach der Bundesratsbotschaft zeigt sich Frehner vom Kommissionsentscheid nicht überrascht. Nachvollziehen kann der Co-Präsident des Initiativkomitees den Widerstand aber nicht: «Wir wollen ja nur, dass an Kindergärten und Primarschulen kein Sexualkundeunterricht stattfindet, der nicht stufengerecht ist.» Schliesslich sei auch unwahr, dass die Bedenken völlig unbegründet seien. Immerhin habe das BAG bereits ein entsprechendes Grundlagenpapier erarbeitet lassen, das einen obligatorischen Sexualkundeunterricht ab Kindergarten schweizweit vorsieht. «Mittlerweile hat es wieder einen Rückzieher gemacht», sagt Frehner. «Insofern hat die Initiative vorerst schon etwas genutzt.»

Nachrichten

Messe toleriert Aktion zu Nordkorea-Auftritt

Bern. Vier Aktivisten der Menschenrechtsorganisation Amnesty International haben gestern die ersten Besucher der Berner Ferienmesse begrüsst. Sie verteilten einen «Beipackzettel» für Messebesucher, die eine Reise nach Nordkorea ins Auge fassen. Reisende müssten umfassend darüber informiert werden, dass die Menschenrechte in Nordkorea auf das Schlimmste verletzt wurden. Das streng abgeschottete Land ist erstmals an der Ferienmesse vertreten. SDA

Forschungsprogramme zur Energiewende

Bern. Im Auftrag des Bundesrates hat der Schweizerische Nationalfonds (SNF) zwei neue Forschungsprogramme lanciert, um technische und sozioökonomische Aspekte der Energiewende zu erforschen. Der Finanzrahmen der beiden Programme beträgt 45 Millionen Franken. Das Projekt «Energiewende» untersucht die technologischen Potenziale zur Umsetzung der Energiestrategie 2050. SDA

2,7 Milliarden Franken warten auf Besitzer

Bern. Auf fast 600 000 Konten liegen ehemalige Pensionskassengelder, von denen die Besitzer nichts wissen. Über 2,7 Milliarden Franken «vergessene» Freizügigkeitsleistungen verwaltete die Auffangeinrichtung im letzten Jahr – so viel wie noch nie. Meist gehen die Gelder bei einem Stellenwechsel oder Arbeitsunterbruch vergessen, sagt Max Meili, Geschäftsleiter der Stiftung Auffangeinrichtung BVG. In der Regel sind es eher kleine Pensionskassenguthaben, die vergessen gehen und bei der Auffangeinrichtung landen. Auf einigen Konten 10 Rappen, im Schnitt sind es 4500 Franken. SDA

